



Rheinland-Pfalz



Geschäftsbericht

Landesbetrieb
Liegenschafts- und Baubetreuung

2024

Inhalt

Lagebericht zum Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2024	3	Anhang zum Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2024	28
A Geschäftsverlauf	4	Allgemeine Angaben	29
1. Auftragslage	4	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	30
2. Organisation und Mitarbeitende	13	Anlagevermögen	30
3. Umsatzentwicklung	16	Umlaufvermögen	30
4. Aufwandsentwicklung	16	Rechnungsabgrenzungsposten	32
B Darstellung der Lage	17	Eigenkapital	32
1. Vermögenslage	17	Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	32
2. Finanzlage	17	Rückstellungen	32
3. Ertragslage	17	Verbindlichkeiten	33
C Weitere Entwicklung	18	Rechnungsabgrenzungsposten	33
Bundesbau	18	Umsatzerlöse	34
Landesbau	19	Andere aktivierte Eigenleistungen	34
Sparte Grundsatz Bau	20	Sonstige betriebliche Erträge	34
Immobilienmanagement	21	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	34
Bilanz	24	Personalaufwand	34
Gewinn- und Verlustrechnung	26	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	35
		Sonstige betriebliche Aufwendungen	35
		Zinsergebnis	35
		Sonstige finanzielle Verpflichtungen	35
		Nicht bilanzierte Pensionsverpflichtungen	36
		Bestellobligo	36
		Derivative Finanzinstrumente	36
		Abschlussprüferhonorar	37
		Organe des Landesbetriebes	37
		Personalverhältnisse	37
		Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	37
		Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	38
		Impressum	42

Lagebericht

zum Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2024

A Geschäftsverlauf

1. Auftragslage

Geschäftsfeld Baumanagement

Das Bauvolumen stellt sich gegliedert nach Auftraggebern wie folgt dar:

	2024	2023	Veränderung
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Bundesbau			
US-Gaststreitkräfte*	327	165	+162
NATO	100	61	-12
Bund militärisch	99	91	+58
Bund zivil	27	23	+4
	552	340	+208
Landesbau			
Land	15	20	-5
LBB-eigener Bau			
▪ investiv**	96	130	-34
▪ Bauunterhalt	103	94	+9
	199	224	-25
	214	244	-30
Bauvolumen (brutto) gesamt	766	584	+182

* Das Bauvolumen der US-Gaststreitkräfte beinhaltet eine fiktive Umsatzsteuer von 19 %

** Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Baukosten

Bundesbau

Im Jahr 2024 wurden im Bundesbau rund 552 Mio. Euro Baumittel verausgabt (inkl. fiktiver Umsatzsteuer bei den US-Gaststreitkräften). Gegenüber dem Vorjahr mit rund 340 Mio. Euro entspricht dies einer deutlichen Steigerung des Baumittelabflusses um rund 62 Prozent (s. Grafik S. 5).

Das verausgabte Bauvolumen für die militärischen Maßnahmen des Bundes einschließlich der Projekte für die NATO hat sich gegenüber dem Vorjahr um 46 Mio. Euro (+30 Prozent) auf insgesamt 199 Mio. Euro erhöht. Im Bereich der zivilen Baumaßnahmen des Bundes einschließlich der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sind die Bauausgaben leicht um 4 Mio. Euro auf 27 Mio. Euro gestiegen.

Die Bauausgaben für die US-Gaststreitkräfte haben sich um 162 Mio. Euro (+98 Prozent) auf 327 Mio. Euro erhöht, vor allem durch das laufende Großprojekt US-Militärkrankenhaus der Niederlassung Weilerbach mit Bauausgaben von rund 230 Mio. Euro. Durch das im Dezember 2019 zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Installation Management Command (IMCOM) Europe unterzeichnete „Beschleunigte Durchführungsverfahren (BDV)“ liegen die Bauausgaben der ande-

ren Niederlassungen für die Gaststreitkräfte weiterhin auf einem niedrigen Niveau: Der Landesbetrieb LBB ist im BDV ausschließlich für die planungsrechtliche Begleitung verantwortlich – daher erfolgen die Bauausgaben im BDV nicht über den Landesbetrieb LBB und werden auch nicht in dessen Bauvolumen dargestellt.

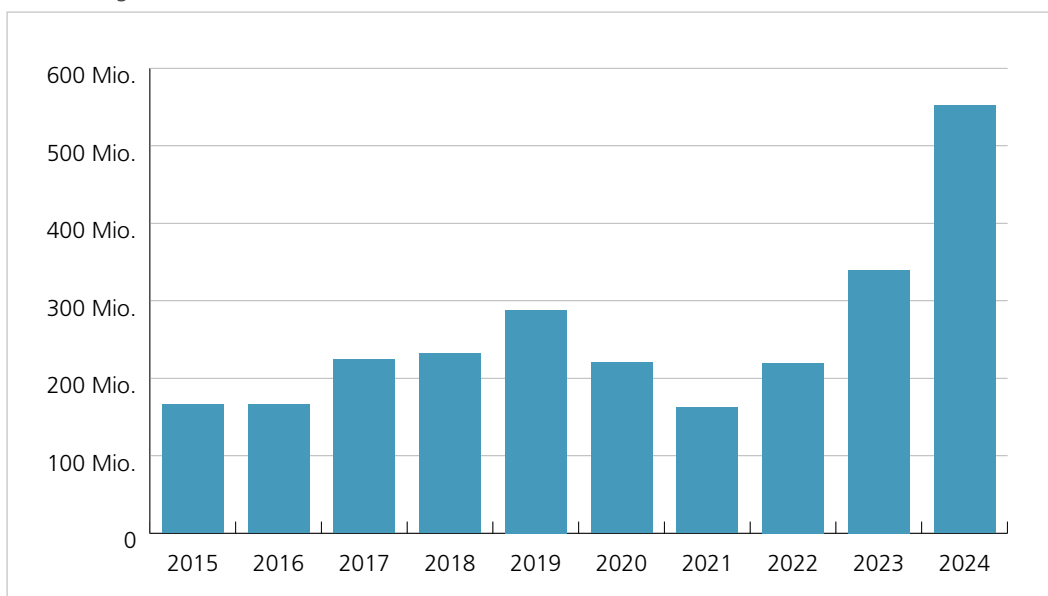
Die Ausgaben für externe Architektur- und Ingenieurleistungen sowie sonstige Lieferungen und Leistungen haben sich im Jahr 2024 mit rund 75,8 Mio. Euro um rund 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (rund 80,5 Mio. Euro) vermindert. Der Umfang der erbrachten Eigenleistung ist von rund 837.000 Stunden im Vorjahr um etwa 15 Prozent auf rund 960.000 Stunden angestiegen. Der Personaleinsatz des Landesbetriebs LBB für den Bundesbau liegt damit wieder bei rund 600 Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Durch die umfangreichen Aufgabenzuwächse der vergangenen Jahre konnten auch 2024 Projekte nicht ausreichend personell besetzt bzw. bearbeitet werden.

Im Jahr 2024 wurden 41 Baumaßnahmen mit einem Gesamtbauvolumen von rund 135 Mio. Euro neu beauftragt (inkl. fiktiver Umsatzsteuer bei den Gaststreitkräften). Das Gesamtbauvolumen des Auftragseingangs ist damit nach dem Anstieg im Vorjahr wieder zurückgegangen (2023: 68 neu beauftragte Baumaßnahmen mit einem Gesamtbauvolumen von 401 Mio. Euro). Hintergrund dieses Rückgangs ist die mit den neuen Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) eingeführte, verbindlich vereinbarte Bauprogrammplanung im nationalen Bundesbau, die auch auf die Leistungsfähigkeit des Landesbetriebs LBB abstellt. Daher werden neue Projekte lediglich in einem engen Rahmen neu beauftragt.

Das Gesamtbauvolumen aller laufenden Baumaßnahmen hat sich jedoch weiter auf rund 6 Mrd. Euro erhöht, davon sind noch rund 4,5 Mrd. Euro zu verausgaben.

Baumittelabfluss 2015–2024

Anordnungen aus HHV inkl. fikt. Ust. bei US



Bundeswehr und NATO

Im Oktober 2023 wurde erstmals zwischen dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), dem Amt für Bundesbau Rheinland-Pfalz (ABB) und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) eine Bauprogramm-Vereinbarung nach der neuen RBBau (nRBBau) getroffen. Für das Jahr 2024 wurde darin ein Bauausgabevolumen von rund 220 Mio. Euro für die Baumaßnahmen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und der NATO in Rheinland-Pfalz unter der Voraussetzung idealtypischer, störungsfreier Projektabläufe vorgesehen. Diese Vereinbarung erfolgte unter dem Hinweis, dass die festgelegten Ziele durch Störungen um bis zu 30 Prozent unterschritten werden können. Mit erreichten Bauausgaben in 2024 von rund 198 Mio. Euro wurde das vereinbarte Jahresziel nur um 10 Prozent unterschritten.

US-Gaststreitkräfte

Im Rahmen des zwölf Maßnahmen umfassenden US-Schulbauprogramms mit einem Gesamtbauvolumen von über 700 Mio. Euro wurden bereits fünf Schulen fertiggestellt. Von den übrigen sieben Schulen mit einem Bauvolumen von rund 495 Mio. Euro befanden sich 2024 fünf in der Bauausführung. Zwei weitere befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Planung (HU-Bau bzw. Ausschreibung).

Für den Neubau des US-Militärkrankenhauses in Weilerbach wurden die Rohbauarbeiten fortgeführt und mit den Fassaden- und Ausbauarbeiten begonnen.

Bund zivil/BImA

Größtes Projekt ist hier die in der Planung befindliche Gesamtsanierung des Kurfürstlichen Schlosses in Koblenz mit voraussichtlichen Baukosten von rund 178 Mio. Euro. Dieses Projekt soll bis zur Bundesgartenschau (BUGA) 2029 im Oberen Mittelrheintal in einem ersten Bauabschnitt mit der Sanierung der Gebäudehülle und nach der BUGA im zweiten Bauabschnitt mit der Innensanierung durchgeführt werden.

Landesbau

Projektkoordination

Die Bauinvestitionen für große Baumaßnahmen des LBB-Wirtschaftsplans (ohne Baunebenkosten) erreichten zum Jahresabschluss 2024 einen Ausgabenstand von 84 Mio. Euro. Damit sinkt dieser erstmalig, nachdem seit 2019 ein stetiger Anstieg zu verzeichnen war und er 2023 seinen Höhepunkt erreichte. Ursache dafür sind insbesondere die eingetretenen Bauablaufstörungen bei Großprojekten wie bei den Neubauten des Landesuntersuchungsamts Koblenz, des Polizeipräsidiums Rheinpfalz in Ludwigshafen und dem zweiten Bauabschnitt der Hochschule Mainz. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2024 eine Grundsteinlegung, zwei Richtfeste, ein Spatenstich und sechs Einweihungen gefeiert. Beispielhaft sind hier die Grundsteinlegung für das neue Polizeipräsidium in Ludwigshafen, die Einweihung des Centrums für fundamentale Physik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und die Einweihung des Forschungsneubaus LASE an der RPTU Kaiserslautern zu nennen.

Die historischen Landesliegenschaften, die die Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) verwaltet, bleiben ein bedeutendes Tätigkeitsfeld für den Landesbau im Landesbetrieb LBB. Aktuell befinden sich Baumaßnahmen für folgende Liegenschaften in Planung oder Bauausführung (Auszug):

- verschiedene Maßnahmen an der Festung Ehrenbreitstein, Burg Sooneck, Schloss Stolzenfels und Burg Sterrenberg zur BUGA 2029 im Oberen Mittelrheintal
- Burgruine Schwalbach: fünfter Bauabschnitt, Instandsetzung des Mauerwerks und Infrastruktur Miedenerschließung (Strom, Wasser, Heizung)

Im Rahmen der Patronatsverpflichtung des Landes Rheinland-Pfalz setzt der Landesbetrieb LBB Bauunterhaltungsmaßnahmen an historischen Kirchen- und Klosterliegenschaften um. 2024 waren die Sicherungsmaßnahmen der Florinskirche in Koblenz und die Sanierungsmaßnahmen an der Klosterkirche Arnstein im Rhein-Lahn-Kreis im Bau.

Projektentwicklung

Im Rahmen der 4+1-Strategie der Landesregierung wurde zur Portfolioanalyse ein dreistufiges Modell zur Analyse des gesamten Immobilienportfolios erarbeitet. Die erste Stufe basiert auf einer datenbankbasierten IT-Lösung mit der Anwendung NUKOSI.

Für die Durchführung großer Sanierungs- und Umbaumaßnahmen ist es in der Regel erforderlich, die Gebäudenutzer in Interimsgebäuden unterzubringen. 2024 wurden dafür an verschiedenen Standorten, darunter Mainz und Koblenz, Entscheidungen getroffen und im Einzelfall eine Markterkundung zur Anmietung von Interimsflächen durchgeführt. Mit Blick auf die 4+1-Strategie ist es dabei erheblich, auch Sanierungsketten an Standorten mit mehreren Gebäuden zu betrachten: Für die Johannes Gutenberg-Universität Mainz wurden zunächst verschiedene Varianten aufgezeigt, aus denen eine mögliche Maßnahmenkette entwickelt werden konnte.

Sparte Grundsatz Bau

Baufachliche Grundsatzangelegenheiten und Fortbildung

Im ersten Halbjahr fand die Schulungsoffensive zu den landeseigenen Richtlinien der Bau- und Liegenschaftsaufgaben Rheinland-Pfalz (RLBau) erstmals als Workshop-Format in allen Niederlassungen statt. Seither fließt sie dauerhaft in das Fortbildungsprogramm des Landesbetriebs LBB ein. Ergänzend dazu wurde der Leitfaden zur Überwachung freiberuflicher Leistungen (FbT-Leitfaden) für Vertragsmanagement und baufachliche Überwachungsaufgaben nach RLBau und RBBau erarbeitet und eingeführt. Als Unterstützung entwickelte die Sparte Grundsatz Bau Arbeitshilfen und Checklisten für das Dokumentenmanagementsystem Dosis, die eine papierlose und medienbruchfreie Projektdokumentation ermöglichen.

Ein weiteres Novum stellt das bundesweit erste Vertragsmuster für thermische Bauphysik dar. Es systematisiert die Klimaneutralitätsrichtlinie für Landesgebäude und integriert Standards für nachhaltiges Bauen als feste Leistungsbausteine. Zudem wurde die Leitstelle SiGeKo als zentrale Fachleitstelle für alle Niederlassungen konsolidiert. Auch an der Fortschreibung der Landesbauordnung war die Sparte aktiv beteiligt. Ergänzend dazu konzipierte und realisierte die Sparte eine Schulungsreihe zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht.

Wissensmanagement und Digitalisierung

Der Schwerpunkt lag zum einen auf der Konzeption und Umsetzung der Erlassablage in Dosis und zum anderen auf der Vorbereitung zur Migration aller relevanten Dokumente. Parallel dazu wurde das Dosis-Projekt in der Zentrale gestartet, um eine projektunabhängige Schriftgutverwaltung zu etablieren.

Ergänzend passte die Sparte das System an, bereitete den digitalen Postausgang vor und implementierte die VS-NfD-Richtlinie für klassifizierte Dokumente in Dosis, um eine sichere Dokumentenverwaltung zu gewährleisten.

Zur Qualitätssicherung wurden Treffen für Dosis-Key-User eingeführt, um gezielt systemische Verbesserungen und Nutzerfeedback zu integrieren. Gleichzeitig wurde die Wissensplattform FIWI aktualisiert und auf die Migration in die neue Intranetumgebung vorbereitet.

Ein weiterer Fokus lag auf der Optimierung der digitalen Kostenplanung. Dazu fanden vertiefende Schulungen zu den Softwareanwendungen PLAKODA und RBK sowie zur Evaluation der E-Rechnung statt, insbesondere im Umgang mit großvolumigen Rechnungen.

Nachhaltiges Bauen und Innovationsprojekte

Im Rahmen der 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesliegenschaften hat das Competence Center Nachhaltiges Bauen zentrale Maßnahmen in sein Arbeitsprogramm aufgenommen, vor allem im Hinblick auf die Konkretisierung und Operationalisierung der programmatisch formulierten Baustandards. Dabei stehen Low-Tech-Lösungen, Materialsuffizienz sowie nachhaltiges, kreislaufgerechtes und klimaangepasstes Bauen im Mittelpunkt. Diese Maßnahmen bilden die Grundlage für landesbetriebs-spezifische Standards, die eine nachhaltige Bauweise langfristig verankern.

Die Evaluation des Pilotprojekts zum Einsatz von Recycling-Beton beim Neubau des Polizeipräsidiums Rheinpfalz in Ludwigshafen lieferte wertvolle Erkenntnisse zur Planung, Ausschreibung und Ausführung recycelter Baustoffe. Diese Ergebnisse fließen direkt in die Entwicklung eines Leitfadens für nachhaltige Baustoffe ein.

Zudem entwickelte das Competence Center Nachhaltiges Bauen das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB 2.0) in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung weiter. Die Praxistage „Nachhaltiges Bauen“ wurden als gezielte Schulungsformate für Niederlassungen etabliert.

Lebenszykluskosten

Das Competence Center Lebenszykluskosten wurde organisatorisch weiterentwickelt – mit einem klaren Fokus auf Customizing, den personellen Aufbau auf fünf Mitarbeitende, die Konsolidierung der Strukturen sowie das Ausrollen der Fachanwendung NUKOSI (Nutzen-Kosten-Simulation) in die Niederlassungen. Die webbasierte Version von NUKOSI ermöglicht eine effizientere Berechnung der Lebenszykluskosten.

Zusätzlich entstanden drei anwendungsspezifische Workflows, die insbesondere die Prognose von Kostenrahmen in Leistungsphase 0 sowie die Bewertung von Neubau- und Sanierungsvarianten unterstützen.

Der Austausch mit Fachkolleginnen und -kollegen anderer Bundesländer und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wurde intensiviert, um Synergien zu nutzen und Best Practices zu etablieren. Im Rahmen der 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesliegenschaften wurde zudem eine Zuarbeit zur Portfoliostrategie geleistet.

Geschäftsfeld Immobilienmanagement

Liegenschaftsmanagement

2024 wurden durch den Verkauf von Liegenschaften, die das Land nicht mehr benötigt, Umsatzerlöse von rund 1,07 Mio. Euro erzielt. Im Raum Trier wurden die ehemaligen Forstamtsgebäude in Hermeskeil und Beuren veräußert. In Bingen konnten mehrere Landwirtschaftsflächen in unmittelbarer Nähe zur Technischen Hochschule Bingen als Arrondierungsfläche zugekauft werden.

Im Rahmen der Aufgaben als Grundstückseigentümer bzw. Erbbaurechtsgeber erteilte der Landesbetrieb LBB 2024 insgesamt 117 Zustimmungen zum Verkauf von Wohnungserbbaurechten (Vegis-Wohnheime für Studierende) in Mainz.

In Bezug auf die nicht unmittelbar dem Flugverkehr gewidmeten landseitigen Flächen lag der Fokus der Außengruppe Hahn 2024 weiterhin auf dem Vermietungsgeschäft, der Betreuung der Freiflächen und der Instandhaltungsmaßnahmen an Gebäuden. Dabei profitiert der Landesbetrieb LBB sowohl bei vermieteten als auch bei vom Land selbst genutzten Gebäuden von den eigenen Ressourcen.

Facilitymanagement

Trotz der angespannten eigenen Personalkapazitäten wurde eine weiterhin starke Verausgabung in der Instandhaltung erreicht. Die Nachfrage nach Ausschreibungen für infrastrukturelle Dienstleistungen ist stabil mit steigender Tendenz.

Technisches Facilitymanagement

Im Jahr 2024 lag der Schwerpunkt der Leistungen im Technischen Facilitymanagement auf der Weiterentwicklung der CAFM-Umgebung (Computer Aided Facility Management). Die bereits in den Vorjahren formulierten Anforderungen in verschiedenen Datenbankbereichen wurden im Rahmen mehrerer Customizing-Projekte in die Entwicklungsdatenbank übertragen.

Zudem wurden für die CAFM-Umgebung weitere Lizenzen zur Erweiterung der Datenbankfunktionen und -aufgaben beschafft und erfolgreich implementiert – dies auch vor dem Hintergrund des weiteren Ausbaus der Anwendungen der Datenbank pitFM.

Parallel dazu wurde 2024 der Vertrag über die Leistungen für das technische und infrastrukturelle Facilitymanagement (Betreiberkonzept) in der Liegenschaft „Abgeordneten- und Ministerialdienstgebäude“ in Mainz um weitere zwei Jahre verlängert. Der beauftragte Facility-Management-Dienstleister bewirtschaftet die Liegenschaft eigenständig im Rahmen seines Mandates.

Infrastrukturelles Facilitymanagement

Im Jahr 2024 schrieb das Infrastrukturelle Facilitymanagement (IFM) Reinigungsleistungen mit einem Brutto-Auftragswert von rund 7 Mio. Euro aus, bezogen auf eine Vertragslaufzeit von jeweils 48 Monaten. Etwa 94 Prozent des Auftragsvolumens entfielen auf die Unterhaltsreinigung und rund 6 Prozent auf die Glasreinigung.

Von den mehr als 30 überwiegend EU-weit ausgeschriebenen Verträgen hatten die Reinigungsausschreibungen für die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte und die Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige in Neuwied die höchsten Auftragswerte.

Auf ähnliche Größenordnungen beliefen sich die Vergabesummen der Ausschreibungen für das Neue Justizzentrum Koblenz und acht Liegenschaften der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) am Standort Trier. Zu diesen Liegenschaften gehören unter anderem das Rheinische Landesmuseum Trier sowie das Amphitheater, die Kaiserthermen, die Barbarathermen, die Thermen am Viehmarkt sowie die Porta Nigra jeweils mit ihren Einrichtungen für Besucherinnen und Besucher.

Neben Aufträgen von den Ministerien des Inneren (Mdl), für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD) und für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) wurden vor allem wieder Ausschreibungen für das Justizministerium ausgeführt. Dazu zählten verschiedene Justizliegenschaften in Koblenz, Wittlich, Mainz, Idar-Oberstein, Saarburg, Zweibrücken, Hermeskeil, Trier und Neustadt an der Weinstraße.

Kaufmännisches Facilitymanagement

Bisher tritt der Landesbetrieb LBB auf Anforderung der Ressorts oder Dienststellen im Einzelfall in die Vertragsverhandlungen und den Vertragsabschluss von Mietverträgen ein. Ein Schwerpunkt der Drittanmietung liegt am Standort Mainz vor.

Bauunterhalt und Kleine Baumaßnahmen

Für die Bauunterhaltung stand 2024 ursprünglich ein Budget in Höhe 92,6 Mio. Euro zur Verfügung. Aufgrund der positiven, stetig wachsenden Mittelverausgabung in der Instandhaltung wurde das Budget jedoch um 10,4 Mio. Euro auf 103 Mio. Euro erhöht. Neben dem großen Sanierungsanteil wurden 2024 unter anderem auch Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von rund 6,1 Mio. Euro und Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden an Landesgebäuden durch die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 in Höhe von rund 2 Mio. Euro umgesetzt.

Der Ausgabenstand für die Kleinen Baumaßnahmen bis maximal 3 Mio. Euro beträgt zum Jahresabschluss 2024 rund 17 Mio. Euro. Einfluss auf Planung und Umsetzung der Kleinen Baumaßnahmen hatten weiterhin die starke Auslastung der Bauwirtschaft und die eigenen begrenzten personellen Ressourcen. Die Ministerien des Innern (Mdl), der Finanzen (FM), der Justiz (JM), für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM), für Wissenschaft und Gesundheit (MWG) sowie für Bildung (BM) meldeten 2024 sogenannte „nutzerinitiierte Maßnahmen“ an.

Klimaschutz

Um die Ausrichtung auf die Klimaneutralitätsziele der Landesverwaltung zu unterstreichen, hat die Gruppe Energiemanagement der Sparte Immobilienmanagement ihren Namen in Gruppe Klimaschutz geändert. Im Einklang mit der 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesliegenschaften konzentriert sich die Arbeit der Gruppe auf die Dekarbonisierung der Wärme- und Stromversorgung sowie das Energie-Monitoring.

Die landesweite Umstellung der Wärmeversorgung auf CO₂-neutrale Lösungen wird weiter vorangetrieben. In den Liegenschaften des Landesbetriebs LBB wurden die ersten Luft-Wasser-Wärmepumpen in Betrieb genommen. Um unsere Expertise auszuweiten, überwachen wir die Anlagen in den ersten Betriebsjahren und erheben die relevanten Messdaten. Für den weiteren Ausbau der Wärmepumpen wurden 20 Dekarbonisierungskonzepte für LBB-Gebäude erstellt, die im Rahmen der Bauunterhaltung umgesetzt werden. Die hybriden Wärmeerzeugungslösungen verringern den Bedarf der betreffenden Gebäude an fossilen Energieträgern kurzfristig auf 70 bis 80 Prozent. Mit Betriebsoptimierungen und energetischen Verbesserungen in den Gebäuden soll deren Bedarf an fossilen Brennstoffen in den kommenden Jahren auf null reduziert werden.

Die Erstellung gebäudescharfer Energieverbrauchsausweise (EA) wurde weiter vorangetrieben. Der neu geschärfte Fokus liegt dabei vorrangig auf Gebäuden, die auch zuerst mit einer neuen Wärmeerzeugung ausgestattet werden. So können wichtige Daten gesammelt und der Projektfortschritt dokumentiert werden.

Im Bereich Dekarbonisierung der Stromversorgung wurde gemeinsam mit der Transferstelle Bingen ein Projekt gestartet, das die Chancen bilanzkreisorientierter Modelle in der Stromversorgung aufzeigt. Ziel ist die landesweite Integration regenerativ erzeugten Stroms zur Versorgung der Landesliegenschaften. Ein wichtiger Schritt war dabei der Zubau von Photovoltaikanlagen. Das selbstgesetzte Ziel von jährlich 1 Megawatt peak neu installierter Leistung wurde 2024 mit 1,1 Megawatt peak sogar leicht übertroffen.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Energiespar-Contracting-Projekte an der Hochschule und der Universität Koblenz konnten abgeschlossen werden. Die Hauptleistungsphase begann Anfang 2025. Im Ergebnis wird die Klimabelastung des Landes um ca. 2.000 Tonnen Treibhausgase (THG) pro Jahr reduziert.

Im Bereich Ausschreibung und Beschaffung wurde trotz der weiterhin bestehenden zweiten Stufe des Notfallplans Gas die Gasausschreibung für alle entsprechend versorgten Liegenschaften durchgeführt. Dies führte zu Einsparungen beim Gaspreis für 2025, obwohl sich dieser stabil auf hohem Niveau befindet. Auch Teile der Stromversorgung der Landesliegenschaften wurden neu ausgeschrieben.

2. Organisation und Mitarbeitende

Auch im Geschäftsjahr 2024 lag der Schwerpunkt im Bereich Organisation und Mitarbeitende darauf, vakante Stellen zu besetzen und das bestehende Personal zu halten.

Trotz verstärkter Bemühungen bleibt es herausfordernd, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Aus diesem Grund verliefen 2024 viele Auswahlverfahren erfolglos. Insgesamt führten wir nahezu 350 Auswahlverfahren durch, wobei die Erfolgsquote bei rund 50 Prozent lag. Vor allem im Bereich Ingenieurwesen auf Ebene der Projektbearbeitung fällt es zunehmend schwerer, offene Stellen mit entsprechenden Qualifikationen zu besetzen. Hier haben wir 2024 weniger als 40 Prozent der offenen Stellen besetzen können. Steigende Gehälter in der Privatwirtschaft, aber auch Konkurrenz durch technische Verwaltungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, die oft mit finanziell deutlich besseren Tarifverträgen oder höher bewerteten Stellen attraktive Angebote machen, tragen weiterhin entscheidend zur Mitarbeiterfluktuation bei. Gleichwohl konnte der Personalarückgang im Jahr 2024 gestoppt werden.

Im Frühjahr 2024 starteten neben sechs Referendarinnen und Referendaren in den Fachgebieten Architektur, Maschinen- und Elektrotechnik sowie Städtebau auch erstmals eine Kollegin und ein Kollege des Landesbetriebs LBB ihr Referendariat im Fachgebiet Straßenwesen. Dieses Referendariat findet im Rahmen einer Kooperation mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) statt.

Die Aus- und Fortbildung bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit und spiegelt sich in einem umfangreichen Jahresfortbildungsprogramm wider. Im Jahr 2024 fanden rund 200 interne Fortbildungen statt – sowohl in Präsenz als auch in digitaler Form, um räumliche und zeitliche Flexibilität zu ermöglichen. Die Einführungsschulungen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden überwiegend wieder in Präsenz durchgeführt, um einen direkten Austausch und eine bessere Vernetzung zu fördern. Zusätzlich zu zahlreichen fachlichen Seminaren haben wir 2024 auch Schulungen zur Weiterentwicklung der Führungs-, Sozial- und Methodenkompetenz angeboten.

Das LBB-Organisationshandbuch (OHB) in digitaler Form ist eine essenzielle Grundlage für die Arbeit des Landesbetriebs LBB und dient als Arbeitsinstrument. Im Fokus der Fortschreibung des OHB stand zum einen die Weiterentwicklung der Zentrale zum 01.09.2023. Zum anderen galt es, strukturelle Entwicklungen in den Niederlassungen sowie die neu gegründeten Competence Center, beispielsweise für Nachhaltiges Bauen und Lebenszykluskosten, in das OHB aufzunehmen.

Dem Gesamtpersonalrat ist das langjährige Projekt „Unser LBB-Arbeitsplatz“ ein großes Anliegen. Es zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und etwaige gesundheitliche Belastungen zu reduzieren. Nachdem hier bereits vieles erreicht werden konnte, startete zum Jahreswechsel 2024/2025 mit der Entwicklung von Maßnahmenkonzepten die nächste Phase. Dabei liegt der Fokus auf Maßnahmen zur alters- und altersgerechten Arbeitsgestaltung.

Nachhaltigkeitsbericht

Umweltmanagement

Nach Auszeichnung der Zentrale in Mainz sowie der acht Niederlassungen des Landesbetriebs LBB als ÖKOPROFIT-Betrieb im Sommer 2023 stand 2024 im Zeichen des lokalen ÖKOPROFIT Klubs Mainz. Neben der Nutzung des lokalen Netzwerkes wurde ÖKOPROFIT selbst weiter fortgeführt. Daher findet im Frühjahr 2025 die erneute Kommissionsprüfung zur Verlängerung der Auszeichnung statt. Neben ÖKOPROFIT lag der Schwerpunkt auf der Einführung des weltweit anspruchsvollsten, von der Europäischen Union eingeführten Umweltmanagementsystems EMAS (Eco Management and Audit Scheme). Nach der Analyse unseres Kontextes, der Identifizierung und Bewertung unserer Umweltauswirkung und der damit verbundenen Risiken und Chancen wurde ein Umweltprogramm entwickelt. Weitere Grundlage für das Umweltprogramm waren unter anderem die niederlassungsspezifischen Umweltbewertungen, die auf umfangreichen Umweltdaten basieren – wie etwa Emissionen, Reisedaten sowie Energie- und Medienverbräuche. Diese und andere relevanten Themen wurden in unserer Umwelterklärung zusammengefasst und veröffentlicht. Der Anwendungsbereich der EMAS-Validierung im Jahr 2024 umfasste die Zentrale Mainz und die Niederlassung Landau als Pilotstandorte. Die Konformität mit der EMAS-Verordnung wurde durch einen unabhängigen externen Umweltgutachter bestätigt. Die EMAS-Validierung der beiden Standorte konnte damit am 26.09.2024 erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel ist es, aus den Erfahrungen dieses ersten Schrittes zu lernen und sie als Grundlage für die Einführung von EMAS in den verbleibenden sieben Niederlassungen zu nutzen. Gleichzeitig besteht der Anspruch, das System weiterzuentwickeln, Ziele zu setzen, neue Maßnahmen zu identifizieren und fortlaufend zu realisieren.

Flächenmanagement und neue Arbeitswelten im LBB

Um den Anforderungen aus der 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesliegenschaften in Bezug auf Flächeneinsparung auch in der LBB-Zentrale gerecht zu werden, wurde 2024 das Pilotprojekt „Neue Arbeitswelten LaGrIT“ gestartet, zunächst in den Sparten Landesbau, Grundsatz Bau und IT. Dabei entwickeln die Sparten partizipativ ein modernes Arbeitsplatzkonzept mit Multispace-Räumen. Durch Desksharing und eine Quote von rechnerisch 1,3 Mitarbeitenden pro Arbeitsplatz werden die Flächen verdichtet, dabei die Räumlichkeiten tätigkeitsorientiert gestaltet sowie die technische Ausstattung modernisiert und Arbeitsabläufe digitalisiert. Verschiedene Raumangebote für Kollaboration und Kommunikation fördern zudem neue Arbeitsweisen.

Die mit dem Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse dienen der künftigen Ausweitung des Raumkonzepts auf die gesamte LBB-Zentrale.

Die Niederlassung Landau wertete in ihrem bereits 2023 gestarteten Projekt „Unsere neue Arbeitswelt Landau – UnaLD“ das mit einer Planungsagentur erarbeitete Konzept für die effizientere Nutzung der im Dienstgebäude vorhandenen Flächen in Verbindung mit innovativ gestalteten Räumen und Zonen für die unterschiedlichen Bedürfnisse einer bauprojektbezogenen Zusammen- und Einzelarbeit aus. Die in der Machbarkeitsstudie festgehaltenen Ergebnisse fließen im nächsten Schritt in die Planung der erforderlichen Umbauten im Dienstgebäude ein, die 2025 beauftragt werden.

Compliance

Die Stabsstelle Compliance besteht aus den Teilbereichen Datenschutz, Geheimchutz, Informationssicherheit und Interne Revision.

Datenschutz

Im Bereich Datenschutz hat sich die Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben, die 2023 durch die Dienstanweisung Datenschutz formuliert und kommuniziert wurden, erfolgreich etabliert. 2024 gab es lediglich sechs Datenschutzvorfälle, bei denen jedoch zu keiner Zeit die Rechte und Freiheiten der Betroffenen gefährdet waren.

Geheimchutz

Die vakante Funktion des Geheimchutzbeauftragten wurde 2024 neu besetzt. Dadurch wurde die Kommunikation sowohl innerhalb des Landesbetriebs LBB als auch zu den externen Dienststellen wieder aufgenommen, was die Geheimchutzarbeit intern wie extern gestärkt hat. In enger Zusammenarbeit mit der hausinternen IT wurden die erforderlichen technischen Voraussetzungen geschaffen, um die sichere digitale Verarbeitung der als Verschlusssachen eingestuften Dokumente zu gewährleisten.

Informationssicherheit

2024 wurde das Konzept für die Informationssicherheit entwickelt. Ein monatliches Treffen der Ansprechpartnerinnen und -partner in den Niederlassungen und der Zentrale ermöglicht nun einen regelmäßigen und offenen Austausch der Informationen. Durch zahlreiche technische Maßnahmen und die Aktualisierung der Sicherheitssoftware wurde die IT-Infrastruktur erheblich verbessert. Zudem wurden die technischen Voraussetzungen durch die Anbindung an die Netzwerke des Landesbetriebs Daten und Information (LDI) auf den landesweiten Standard angehoben.

Interne Revision

Die Stabsstelle Compliance sichtete und bewertete 2024 die Prozesse und Dokumente der internen Revision. Die gewonnenen Ergebnisse und Erfahrungen sollen auch dazu genutzt werden, den Bereich der internen Revision neu aufzubauen. Um der weiterhin bestehenden Vakanz in der Leitung des Teilbereichs Rechnung zu tragen, wurde die Durchführung von Prüfungen im Kalenderjahr 2025 ausgeschrieben.

3. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um 13 Mio. Euro auf 166 Mio. Euro gesunken. Hierbei sind die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken rückläufig gewesen und bei den Architekten- und Ingenieurleistungen des Baumanagements ist ein Rückgang um rund 9 Mio. Euro (bzw. 6 Prozent) zu verzeichnen.

4. Aufwandsentwicklung

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund 9 Mio. Euro gesunken. Bei den externen Architekten- und Ingenieurleistungen hat sich der Betrag um rund 3 Mio. Euro reduziert. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent angestiegen (9 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht um 3 Mio. Euro gesunken. Die Zinsaufwendungen sind auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr geblieben. Bei einer sehr guten Auftragslage wirken sich insbesondere Ressourcenengpässe beim eigenen Personal wie auch bei den externen Lieferungen und Leistungen ungünstig aus. Das Betriebsergebnis hat sich um rund 1 Mio. Euro verringert.

B Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur ist weitgehend unverändert. Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr bei Zugängen in Höhe von 136 Mio. Euro auf 2.395 Mio. Euro erhöht und umfasst rund 94 Prozent der Bilanzsumme.

Die Vorräte sind im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Vergleich zum Vorjahr reduziert (18 Mio. Euro).

2. Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr (1.609 Mio. Euro; Vorjahr: 1.560 Mio. Euro), bei einem Jahresergebnis von 0 Euro aufgrund des Forderungsverzichtes der Überzahlung des Deckungszuschusses für das Vorjahr zur dauerhaften Verstärkung des Eigenkapitals, um 49 Mio. Euro erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt bei 63,4 Prozent. Das Anlagevermögen ist zu 93 Prozent (Vorjahr: 95 Prozent) mit Eigenkapital (67 Prozent; Vorjahr: 66 Prozent) sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital finanziert.

Die Liquidität des Unternehmens konnte weitgehend aus dem Cashflow gesichert werden.

3. Ertragslage

Das Jahresergebnis ist durch das vereinbarte Deckungszuschussmodell im Geschäftsjahr ausgeglichen. In dem Jahresergebnis ist unter der Position der Sonstigen betrieblichen Erträge ein Deckungszuschuss in Höhe von 228 Mio. Euro (Vorjahr: 230 Mio. Euro) ausgewiesen. Die Umsatzerlöse insgesamt sind um 13 Mio. Euro gesunken. Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen (plus 5 Mio. Euro) sowie die Personalaufwendungen (plus 9 Mio. Euro) haben sich im Berichtsjahr erhöht.

Für die ursächlichen Faktoren der Veränderungen verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Umsatzentwicklung, Aufwandsentwicklung sowie Organisation und Mitarbeitenden.

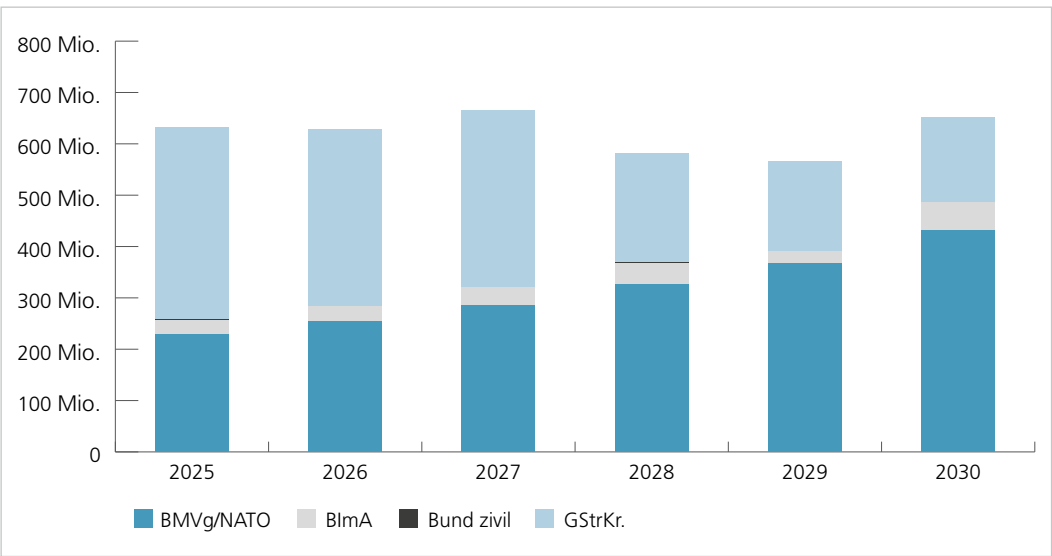
C Weitere Entwicklung

Bundesbau

Mit der Q3-Lieferung 2024 in die eVKE-Datenbank (elektronische Verwaltungskostenerstattung) wurden für das Jahr 2025 nach Abstimmung mit dem Amt für Bundesbau (ABB) Kostenerstattungsmittel für den Bundesbau in Höhe von rund 140 Mio. Euro angemeldet. Zudem wurde eine Voranmeldung von 142 Mio. Euro für das darauffolgende Jahr 2026 abgegeben. Als voraussichtliche Bauausgaben wurden für 2025 insgesamt rund 631,6 Mio. Euro und für 2026 insgesamt rund 629,0 Mio. Euro prognostiziert.

In Rheinland-Pfalz sollen in den Jahren 2025 bis 2030 Investitionen in Höhe von rund 3,7 Mrd. Euro durch den Landesbetrieb LBB umgesetzt werden. Auf die Liegenschaften der Bundeswehr einschließlich der NATO entfällt dabei ein Bauvolumen von rund 1,9 Mrd. Euro, auf den Gaststreitkräftebau rund 1,6 Mrd. Euro. Für den zivilen Bundesbau einschließlich der Baumaßnahmen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sind Bauausgaben von rund 200 Mio. Euro geplant.

Prognose Bauausgaben 2025 –2030



	2025	2026	2027	2028	2029	2030
BMVg/NATO	229.765.000	254.679.000	284.496.000	325.301.000	367.400.000	431.201.000
BImA	25.852.000	28.737.000	35.705.000	42.766.000	23.384.000	54.936.000
Bund zivil	2.019.000	1.059.000	1.044.000	889.000	1.013.000	806.000
GStrKr.	374.001.000	344.577.000	343.584.000	212.219.000	174.143.000	164.897.000
Summe	631.637.000	629.052.000	664.829.000	581.175.000	565.940.000	651.840.000

Landesbau

Projektkoordination

Die Bauausgaben bleiben im Jahr 2025 voraussichtlich auf dem Niveau von 2024. Die Prognose liegt zu Beginn des Jahres bei 90 Mio. Euro (ohne Baunebenkosten). Es ist geplant, in diesem Jahr mit dem Bau von vier großen Maßnahmen zu beginnen: der Zentralen Notruf- und Einsatzleitstelle im Polizeipräsidium Trier, dem Neubau der Raumschießanlage in Ingelheim, dem Neubau des Medienhauses an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Altbausanierung des Landesuntersuchungsamts in Mainz.

Fünf weitere Maßnahmen sollen fertiggestellt werden: die Erneuerung und Erweiterung der zentralen Kälteversorgung an der Universität Trier, der Neubau der Kernchemie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, die Sanierung des Hochtraktes an der Universität Trier, der Neubau des Hörsaalgebäudes mit Audimax als dritter Bauabschnitt der Technischen Hochschule Bingen sowie der zweite Bauabschnitt des Neubaus für die Hochschule Mainz.

Projektentwicklung

Im Jahr 2025 werden die bisher entwickelten Konzepte fortgeschrieben in Bezug auf

- die Portfolioanalyse zur Identifizierung von gebäudebezogenen Potenzialen (u.a. CO₂-Einsparpotenzial) und
- die Ermittlung von Instandhaltungsbedarfen als Basis für die Entwicklung von Sanierungsketten.

Ziel ist es, transparente Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, mit denen wir künftig bauliche Maßnahmen noch besser priorisieren können. Der Fokus liegt zum einen auf dem Prozess zum Abschluss langfristiger Mietverträge für Interimsflächen, die als notwendige Verfügungsgebäude für verschiedene Zwischenunterbringungen während mehrjähriger Sanierungsketten dienen sollen. Dies gilt zunächst für den Standort Mainz. Zum anderen wird als Pilotprojekt ein Standortkonzept für die Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) Nord in Koblenz und Süd (Neustadt a.d.W.) sowie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier einen Schwerpunkt bilden. Ziel ist es, beispielhaft Grundlagen zu klären – insbesondere in Bezug auf Prozesse rund um die gebäudenutzenden Ressorts, die Haushaltsgrundlagen und die Bearbeitungszeiten im Projekt.

Sparte Grundsatz Bau

Das Jahr 2025 steht in der Sparte Grundsatz Bau ganz im Zeichen der Weiterentwicklung strategischer Grundlagen für nachhaltiges Bauen, Digitalisierung und Prozessoptimierung – mit dem klaren Ziel einer effizienten, zukunftsorientierten Bauverwaltung.

Im Fokus liegt dabei die Stabilisierung der Geschäftsverteilung und die baufachliche Bearbeitung projektübergreifender Grundsatzthemen. Hauptaufgaben sind die Entwicklung, Analyse und Optimierung von Methoden, Prozessen und Standards – insbesondere zu ablauforganisatorischen Aspekten der Niederlassungen, zu Lebenszykluskosten, Nachhaltigkeitsbewertung (BNB 2.0) und Ökobilanzierung, darüber hinaus auch zu Kosten-Benchmarking und Wirtschaftlichkeitsanalysen. Ziel ist ein integriertes Vorgehen bei Bedarfsplanung, Baustandards, Flächensuffizienz und nachhaltigem Bauen.

Im Rahmen der 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesliegenschaften setzt die Sparte konkrete Maßnahmen um: Sie etabliert die CO₂-Bilanzierung, forciert den verstärkten Einsatz kreislaueffizienter Baustoffe und integriert suffiziente Planungsansätze als Standard. Zudem begleitet sie nachhaltige Modellprojekte wie „Neue Arbeitswelten“ der LBB-Zentrale oder den Neubau des Polizeipräsidiums Rheinpfalz, das auf Recycling-Beton und CO₂-arme Baustoffe setzt.

Auch die Digitalisierung wird weiter vorangetrieben: Die Sparte entwickelt das Dokumentenmanagementsystem Doxis weiter, integriert digitale Workflows in das Rechnungswesen für Baurechnungen und standardisiert Prozesse in der Liegenschaftsverwaltung. Gleichzeitig werden die Competence Center für Nachhaltiges Bauen und Lebenszykluskosten noch stärker verzahnt, vor allem im Hinblick auf die Bedarfsplanung.

Die Sparte unterstützt zudem die Vergabestrategie für freiberufliche Leistungen und erarbeitet in Kooperation mit der Sparte Recht/Verträge vertragsrelevante Mustervereinbarungen. Das Wissensmanagement profitiert von gezielten Schulungen, insbesondere durch die Fortbildungsoffensive „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“. Workshops und Praxistage fördern den Wissenstransfer zwischen Zentrale und Niederlassungen.

Immobilienmanagement

Liegenschaftsmanagement

Auch 2025 wird das Liegenschaftsportfolio der Bedarfsentwicklung des Landes angepasst. Unter anderem ist der Verkauf der ehemaligen Außenstelle des Landesbetriebs Mobilität (LBM) in Dahn geplant sowie der eines Wohngebäudes des DLR Westerwald-Osteifel in Montabaur. Der Verkauf eines Teilerbbaurechtes der Depotfläche des Landesmuseums in Mainz-Bretzenheim an die Wohnbau Mainz mit dem Ziel sozialen Wohnraum zu schaffen, bleibt 2025 auf der Agenda.

Nachdem der Verkauf der ehemaligen Außenstelle des Landesrechnungshofes in Trier 2024 nicht erfolgt ist, ist die Veräußerung für 2025 geplant.

Auf dem Gelände des Flughafen Hahn wurde Anfang 2025 eine Fläche von 5 Hektar an die Hahn Kunststoffe GmbH (Volumen 1.000.001 Euro) veräußert. Die geplanten Flächenverkäufe an die TRI-WO AG werden weiterverfolgt.

Der Abschluss der Sanierungsarbeiten im Gebäudekomplex 667/668 ist für 2027 geplant. Es entsteht ein gemeinsames Behördenzentrum für die Fachgruppe Luftverkehr des Landesbetriebs Mobilität, die Polizeiwache Hahn und die LBB-Außengruppe Hahn, das Synergien freisetzen wird. Zudem gibt es Pläne, die Polizeiwache Hahn in diese Liegenschaft zu verlagern. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

Zum 01.01.2025 wurde die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Hahn als eigenständige und dauerhafte Aufnahmeeinrichtung verstetigt. In diesem Zusammenhang sind umfangreiche Um- und Ausbaumaßnahmen zu erwarten.

Sobald Klarheit über den künftigen Betreiber des Stromnetzes besteht, soll auf den Freiflächen das große Potenzial des Standorts für erneuerbare Energien ausgeschöpft werden. In diesem Zusammenhang fungiert die Außengruppe Hahn unter anderem wegen ihrer Kenntnis der Liegenschaftshistorie auch weiterhin als wichtige Schnittstelle zwischen den Akteuren am Flughafen Hahn. Auch für die Pflege der Freiflächen wird auf absehbare Zeit das Personal und Equipment der Außengruppe benötigt.

Facilitymanagement

Auf dem Weg zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften treibt das Facilitymanagement den Einsatz digitaler Arbeitsmittel weiter voran. Planungen für den Ausbau des bestehenden CAFM-Systems pitFM sind aufgenommen. Das Ziel ist eine umfangreiche digitale Abbildung der verschiedenen LBB-Bewirtschaftungsprozesse unter Berücksichtigung einer hohen Datenintegrität und auf Basis einer größtmöglichen Datenvernetzung mit den Kern-Softwareanwendungen im Landesbetrieb LBB.

Bauunterhaltung und kleine Baumaßnahmen

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre in der Bauunterhaltung weiter fortführend, wurde das Budget für Instandhaltungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan 2025 auf 100 Mio. Euro festgesetzt. Darin enthalten sind rund 10 Mio. Euro für kleinteilige Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Instandhaltung wie zum Beispiel Dämmung von Fassaden und Dächern oder Austausch der Beleuchtung gegen energiesparende LED-Beleuchtung. In Umsetzung der vom Ministerrat verabschiedeten 4+1-Strategie für klimaneutrale Landesgebäude wird unter dem Aspekt der Dekarbonisierung in den kommenden Jahren das Thema Austausch fossiler Heizsysteme gegen Wärmepumpen im Fokus stehen.

Für die Kleinen Baumaßnahmen bis 3 Mio. Euro veranschlagt die Sparte Immobilienmanagement eine Ausgabensteigerung gegenüber 2024. Die Prognosen der Bauausgaben für 2025 deuten darauf hin, dass das diesjährige Budget ausgeschöpft werden könnte. Das Budget für Kleine Baumaßnahmen wurde im Wirtschaftsplan 2025 auf 26,5 Mio. Euro festgesetzt. Insbesondere bei der Pauschale „Kleine Maßnahmen, Klimaschutz“ (u.a. Photovoltaik) sind, wie bereits im Haushaltsjahr 2024, steigende Mittelabflüsse zu erwarten.

Klimaschutz

Im Jahr 2025 liegt ein Schwerpunkt darauf, die Aufgabenbereiche der Gruppe Klimaschutz in der Zentrale und der LBB-Competence Center Energiemanagement und Regenerative Energien nach den Vorgaben der 4+1-Strategie auszurichten. Dabei steht der Ausbau der personellen Ressourcen im Fokus.

Zudem soll die Wärmeversorgung weiterer LBB-Gebäude auf Wärmepumpen umgestellt werden. Mit den bereits vorliegenden 20 Dekarbonisierungskonzepten kann die Nachrüstung der Heizungsanlagen kurzfristig beginnen. Bis zum Jahresende sollen weitere 20 Konzepte folgen. Um die Umstellung zu beschleunigen, wird ein „Systembaukasten Wärmepumpe“ entwickelt. Gemeinsam mit der Transferstelle Bingen arbeitet der Landesbetrieb LBB an Dekarbonisierungsstrategien in Bezug auf die Wärmeerzeugung für mittlere und große Liegenschaften. Für das Jahr 2025 gehen wir davon aus, das Ziel für Photovoltaik-Anlagen von 1 Megawatt Peak zu erreichen.

Zusätzlich zu den laufenden Energiespar-Contracting-Projekten ist geplant, neue Projekte im Bereich Wärmeliefer-Contracting zu entwickeln, um die Wärmewende zu unterstützen und zu beschleunigen. Für den Energieeinkauf und das Rechnungsmanagement liegt der Fokus auf der Umstellung auf E-Rechnungen.

Ausblick

Durch die Einführung eines sogenannten Deckungszuschussmodells ab dem Geschäftsjahr 2019 als Ersatz für das zum 31.12.2018 entfallene Mieter-Vermieter-Verhältnis ist zukünftig von einem ausgeglichenen Jahresergebnis auszugehen.

Risikobericht

Im Immobilienmanagement besteht ein übliches Branchenrisiko bei Überschreitungen der Baukosten. Weitere bedeutsame Preis-, Ausfall- oder Liquiditätsrisiken sind nicht zu erkennen. Die Geschäftsführung sieht derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Mainz, am 31. März 2025

gez. Holger Basten

Bilanz

zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	782.815,00	376.742,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	132.722.737,60	139.333.891,67
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	1.728.291.335,51	1.584.627.491,88
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	10.113.086,53	7.547.395,31
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	1.865.110,82	1.945.660,77
5. Bauten auf fremden Grundstücken	20.718.791,00	22.455.977,00
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.813.301,01	26.189.763,31
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	458.696.681,46	568.509.500,00
	2.394.221.043,93	2.350.609.679,94
	2.395.003.858,93	2.350.986.421,94
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unbebaute Grundstücke	14.969,30	2.750,43
2. Bebaute Grundstücke	8.186.062,45	7.703.141,70
3. Noch nicht abgerechnete Betriebskosten	23.589.508,41	21.170.526,83
	31.790.540,16	28.876.418,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Mieten und Pachten	446.981,46	738.872,82
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	7.500,00	0,00
3. Forderungen aus Architekten- und Ingenieurleistungen	22.447.426,91	14.614.403,20
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	297.535,55	274.311,90
5. Sonstige Vermögensgegenstände	81.673.187,05	106.875.982,29
	104.872.630,97	122.503.570,21
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	16.544,79	17.322,75
	136.679.715,92	151.397.311,92
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.426.015,30	5.800.810,71
	2.537.109.590,15	2.508.184.544,57

PASSIVA	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	Euro	Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	200.000.000,00	200.000.000,00
II. Kapitalrücklage	1.214.268.201,54	1.165.068.481,59
III. Gewinnrücklage	194.533.717,64	194.533.717,64
	1.608.801.919,18	1.559.602.199,23
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	81.363.943,04	68.937.051,10
C. Sonstige Rückstellungen	52.420.000,00	60.641.000,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen	37.174.428,23	34.620.185,85
2. Verbindlichkeiten aus Architekten- und Ingenieurleistungen	3.291.389,12	5.094.549,05
3. Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	22.830.811,24	36.931.019,51
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz	717.507.988,95	726.946.284,98
5. Sonstige Verbindlichkeiten	7.700.128,78	7.302.009,29
	788.504.746,32	810.894.048,68
E. Rechnungsabgrenzungsposten	6.018.981,61	8.110.245,56
	2.537.109.590,15	2.508.184.544,57

Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	Baumanagement (BM)	Immobilien- management (IMA)	Summe BM und IMA	Gesamt LBB (gem. Abschluss nach HGB)
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. Umsatzerlöse				
a. aus der Hausbewirtschaftung	5	22.286	22.291	19.063
b. aus dem Verkauf von Grundstücken	0	712	712	712
c. aus Architekten- und Ingenieurleistungen inkl. LBB-Honorar	218.813	-1.103	217.710	145.822
	218.818	21.895	240.713	165.597
2. Verminderung des Bestandes an zum Ver- kauf bestimmten Grundstücken mit und ohne Gebäude, unfertigen Erzeugnissen und noch nicht abgerechneten Betriebskosten	0	2.156	2.156	2.156
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	7	16.433	16.440	16.440
Landeszuschuss	-399	228.387	227.988	227.988
4. Sonstige betriebliche Erträge	185	14.796	14.981	14.981
	-207	261.772	261.565	261.565
Summe Erträge	218.611	283.667	502.278	427.162
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen				
a. Aufwendungen für die Hausbewirt- schaftung	3.462	126.687	130.149	126.921
b. Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0	59	59	59
c. Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen	96.860	55.756	152.616	80.728
d. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	6.507	-427	6.080	6.080
	106.829	182.075	288.904	213.788
6. Personalaufwand				
a. Löhne und Gehälter	76.627	4.236	80.863	80.863
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	19.949	1.084	21.033	21.033
	96.576	5.320	101.896	101.896
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	2.167	87.131	89.298	89.298
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.779	542	13.321	13.321
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-3	-5.429	-5.432	-5.432
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	135	14.027	14.162	14.162
	15.078	96.271	111.349	111.349
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäfts- tätigkeit	128	1	129	129
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
13. Sonstige Steuern	128	1	129	129
Summe Aufwand	218.611	283.667	502.278	427.162
14. Jahresüberschuss	0	0	0	0

Differenz	Gesamt LBB (gem. Abschluss nach HGB) Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
-3.228	20.171	-1.108	-5,5
0	3.234	-2.522	-78,0
-71.888	154.941	-9.119	-5,9
-75.116	178.346	-12.749	-7,1
0	-103	2.259	> 100
0	15.777	663	4,2
0	229.554	-1.566	> 100
0	16.524	-1.543	-9,3
0	261.752	-187	> 100
-75.116	440.098	-12.936	-2,9
-3.228	117.595	9.326	7,9
0	30	29	> 100
-71.888	83.542	-2.814	-3,4
0	8.037	-1.957	-24,3
-75.116	209.204	4.584	2,2
0	73.434	7.429	10,1
0	19.934	1.099	5,5
0	93.368	8.528	9,1
0	111.191	-21.893	-19,7
0	16.305	-2.984	-18,3
0	-4.374	-1.058	> 100
0	14.394	-232	-1,6
0	137.516	-26.167	-19,0
0	10	119	> 100
0	0	0	0
0	10	119	> 100
-75.116	440.098	-12.936	-2,9
0	0	0	0

Die Abbildung weist in einer Gegenüberstellung einerseits die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des Baumanagements (BM) der Niederlassungen des Landesbetriebs und andererseits die GuV des Geschäftsbereichs Immobilienmanagement (IMA) aus. Die Abweichungen der Summen-GuV der Geschäftsbereiche BM und IMA zu der GuV nach Handelsrecht resultieren aus internen Leistungsverrechnungen insbesondere bei den Positionen:

- a) Umsatzerlöse aus Architekten- und Ingenieurleistungen
- b) interne Mieteinnahmen für Raumnutzungen
- c) Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen

Die geschäftsbereichsübergreifenden Verrechnungsbuchungen sind in der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnung erfolgsneutral.

Anhang

zum Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) entsprechend den gesetzlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Bei der Gliederung des Jahresabschlusses wurde die Verordnung über die Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen, soweit möglich, angewandt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Aufbau und Gliederung des Jahresabschlusses haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr weitestgehend unverändert geblieben.

Das Anlagevermögen ist mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten gem. § 255 HGB vermindert, um die planmäßigen linearen Abschreibungen bewertet. Von dem Wahlrecht gem. § 255 (2) S.3 HGB wird Gebrauch gemacht. Für dauernde Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Die Abschreibungen auf Anlagegüter erfolgen entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Die erhaltenen Baukostenzuschüsse der Nutzer werden ab dem Geschäftsjahr 2024 in die Sonderposten eingestellt und wirken nicht mehr als anschaffungs- oder herstellungskostenmindernd.

Das Vorratsvermögen ist mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Wertberichtigungen zu den unter den Vorräten ausgewiesenen Grundstücken und Bauten wurden aufgrund von zum Bilanzstichtag vorliegenden Wertermittlungen oder konkreten Kaufangeboten vorgenommen.

Forderungen wurden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Einzelwertberichtigungen wurden in angemessener Höhe berücksichtigt. Die liquiden Mittel sind zu Nominalbeträgen angesetzt.

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen in angemessenem Umfang.

Die Berechnung der Altersteilzeitrückstellung für die Handelsbilanz wurde mit Hilfe der „Richttafeln 2018“ von Dr. Klaus Heubeck durchgeführt. Dabei wurde unter der Annahme einer Restlaufzeit von zwei Jahren ein Rechnungszins von 1,48 Prozent für Angestellte (Vorjahr: 1,0 Prozent für Angestellte) angesetzt. Als Gehaltstrend wurden 1,5 Prozent für Angestellte (Vorjahr: 1,5 Prozent für Angestellte) angenommen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert.

Anlagevermögen

Bei einem Ausgangsvermögen (1. Januar) in Höhe von 2.351 Mio. Euro konnten Zugänge in Höhe von 136 Mio. Euro verzeichnet werden. Dem standen Abgänge in Höhe von 2 Mio. Euro, Umbuchungen ins Umlaufvermögen in Höhe von 0,8 Mio. Euro und Abschreibungen in Höhe von 89 Mio. Euro gegenüber. Der Buchwert zum 31. Dezember 2024 beträgt 2.395 Mio. Euro (siehe unten). Bei bebauten und unbebauten Grundstücken für die zum jeweiligen Bilanzstichtag eine Verkaufsabsicht besteht erfolgt eine Umbuchung in die Bilanzposition „Vorräte“.

Umlaufvermögen

Vorräte

Unter den Vorräten werden neben den noch nicht abgerechneten Betriebskosten die Liegenschaften ausgewiesen, für die zum Bilanzstichtag eine konkrete Verkaufsabsicht besteht. Die Wertberichtigungen auf den Bestand beträgt zum 31.12.2024 Tsd. Euro 487 (Vorjahr: Tsd. Euro 487).

Anlagenspiegel

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
	Stand 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen
	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Software	5.888.808,49	98.731,05	0,00	989.188,87
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	286.560.865,37	54.792,17	0,00	1.544.023,91
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	3.228.398.997,34	22.718.671,93	70.043,32	189.902.218,76
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	7.968.332,33	260.534,58	246.424,03	2.551.580,67
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	4.160.219,12	0,00	0,00	-80.549,95
5. Bauten auf fremden Grundstücken	43.293.603,66	0,00	0,00	165.452,33
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	166.853.053,29	3.119.416,17	46.657,81	19.227.205,69
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	568.509.500,00	109.801.553,31	1.693.655,47	-217.920.716,38
	4.305.744.571,11	135.954.968,16	2.056.780,63	-4.610.784,97
	4.311.633.379,60	136.053.699,21	2.056.780,63	-3.621.596,10

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2024	31.12.2023
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. Forderungen aus Vermietung		
▪ Land Rheinland-Pfalz	262	297
▪ Andere	185	442
	447	739
2. Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	8	8
3. Forderungen aus Architekten- und Ingenieurleistungen		
▪ Land Rheinland-Pfalz	826	795
▪ Andere	21.621	13.819
	22.447	14.614
4. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen		
▪ Land Rheinland-Pfalz	0	0
▪ Andere	298	274
	298	274
5. Sonstige Vermögensgegenstände		
▪ Land Rheinland-Pfalz	81.159	106.605
▪ Debitorische Kreditoren	99	245
▪ Andere	415	26
	81.673	106.876
	104.873	122.503

Sämtliche Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Stand 31.12.2024	Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 1.1.2024	des Geschäftsjahres	auf Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2024	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2024
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
6.976.728,41	5.512.066,49	681.846,92	0,00	0,00	6.193.913,41	376.742,00	782.815,00
288.159.681,45	147.226.973,70	8.209.970,15	0,00	0,00	155.436.943,85	139.333.891,67	132.722.737,60
3.440.949.844,71	1.643.771.505,46	71.795.700,28	40.654,76	2.868.041,78	1.712.658.509,20	1.584.627.491,88	1.728.291.335,51
10.534.023,55	420.937,02	0,00	0,00	0,00	420.937,02	7.547.395,31	10.113.086,53
4.079.669,17	2.214.558,35	0,00	0,00	0,00	2.214.558,35	1.945.660,77	1.865.110,82
43.459.055,99	20.837.626,66	1.902.638,33	0,00	0,00	22.740.264,99	22.455.977,00	20.718.791,00
189.153.017,34	140.663.289,98	6.707.689,16	31.262,81	0,00	147.339.716,33	26.189.763,31	41.813.301,01
458.696.681,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	568.509.500,00	458.696.681,46
4.435.031.973,67	1.955.134.891,17	88.615.997,92	71.917,57	2.868.041,78	2.040.810.929,74	2.350.609.679,94	2.394.221.043,93
4.442.008.702,08	1.960.646.957,66	89.297.844,84	71.917,57	2.868.041,78	2.047.004.843,15	2.350.986.421,94	2.395.003.858,93

Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um vorausbezahlte Softwarewartungsverträge und Disagien Tsd. Euro 4.880 (Vorjahr: Tsd. Euro 5.424).

Eigenkapital

Die Deckungszuschussvereinbarung zwischen dem Ministerium der Finanzen von Rheinland-Pfalz und dem LBB vom 7.10./15.10.2019 regelt, dass dem LBB die in der Erfüllung seiner Aufgaben entstehenden Verluste im Sinne eines Deckungszuschusses ausgeglichen werden. Die im Jahresabschluss zum 31.12.2023 ausgewiesene Überzahlung des Deckungszuschusses von Tsd. Euro 49.446 (Vorjahr: Tsd. Euro 42.557) wird nicht zurückgefordert und verbleibt zur dauerhaften Verstärkung des Eigenkapitals im LBB.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Es handelt sich überwiegend um die Zuschüsse des Bundes bzw. Landes bezüglich der im Bereich des LBBs durchgeführten Baumaßnahmen des „Konjunkturprogramms II“. Im Geschäftsjahr erhielt der LBB des Weiteren vom Land insgesamt Mio. Euro 16 (Vorjahr EUR 33,5 Mio.) für diverse Investitionsmaßnahmen. Ab dem Geschäftsjahr 2024 werden auch Baukostenzuschüsse der Nutzer in die Sonderposten eingestellt und wirken im Anlagevermögen nicht mehr anschaffungs- und herstellungskostenmindernd. Die Auflösung erfolgt analog den entsprechenden Restnutzungsdauern der bezuschussten Maßnahmen.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	1.1.2024	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Davon Zinsanteil (Aufwand)	31.12.2024
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Personalbezogene Rückstellungen	7.810	5.537	4	6.897	7	9.173
Jahresabschlusskosten	61	60	1	61	0	61
Altlasten	3.086	0	0	0	0	3.086
Ausstehende Rechnungen	36.973	6.089	5.135	7.281	0	33.030
Prozesskosten	5.197	3.749	115	0	0	1.333
Abbruchkosten	307	0	0	0	0	307
Unterlassene Instandhaltung	5.936	3.401	2.331	3.955	0	4.159
Gewährleistung	1.271	0	0	0	0	1.271
	60.641	18.837	7.586	18.195	7	52.420

Eine Rückstellung aufgrund von Vorruhestandsregelungen (Altersteilzeit) in Höhe von 2.287 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.854 Tsd. Euro) ist in den personalbezogenen Rückstellungen enthalten.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2024 (31.12.2023) haben folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	< 1 Jahr	1-4 Jahre	> 5 Jahre
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Erhaltene Anzahlungen	37.174 (34.620)	37.174 (34.620)		0 (0)
Verbindlichkeiten aus Architekten- und Ingenieurleistungen	3.291 (5.095)	3.291 (5.095)		0 (0)
Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	22.831 (36.931)	22.831 (36.931)		0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz	717.508 (726.946)	92.008 (51.446)	126.000 (126.000)	499.500 (549.500)
Sonstige Verbindlichkeiten	7.700 (7.302)	7.700 (7.302)		0 (0)
	788.505 (810.894)	163.004 (135.394)	126.000 (126.000)	499.500 (549.500)

Sicherheiten wurden keine begeben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz sind insbesondere mehrere Darlehen mit unterschiedlichen Laufzeiten in Höhe von Tsd. Euro 675.500 (Vorjahr: Tsd. Euro 675.500).

Die Verbindlichkeit des LBB aus den erhaltenen Deckungszuschüssen beträgt zum Stichtag 31.12.2024 Tsd. Euro 40.012 (Vorjahr: Tsd. Euro 49.446).

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind insbesondere kreditorische Debitoren in Höhe von Tsd. Euro 318 (Vorjahr: Tsd. Euro 517) sowie Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt in Höhe von Tsd. Euro 7.128 (Vorjahr: Tsd. Euro 6.736) und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit Tsd. Euro 15 (Vorjahr: Tsd. Euro 38) ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Hierunter ausgewiesen sind ausschließlich Mietvorauszahlungen für Zeiträume nach dem Bilanzstichtag. Ein Betrag in Höhe von Tsd. Euro 5.374 (Vorjahr: Tsd. Euro 7.308) betrifft eine Mietvorauszahlung für die 2002 eingebrachten Justizvollzugsanstalten und wird über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 30 Jahren sukzessive als Mietzuschuss ertragswirksam aufgelöst.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt. Hierin enthalten sind insbesondere die Mietzahlungen in Höhe von Tsd. Euro 19.064 (Vorjahr: Tsd. Euro 20.170) sowie die Honorierung des Bundes für die erbrachten Architekten- und Ingenieurleistungen (A/I-Leistungen) in Höhe von Tsd. Euro 134.782 (Vorjahr: Tsd. Euro 127.287). Nach Wegfall des Vermieter-/Mietermodells sind unter den Mieterlösen nur noch Mietverhältnisse mit fremden Dritten ausgewiesen.

Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von Tsd. Euro 16.440 (Vorjahr: Tsd. Euro 15.777) beinhalten Architekten- und Ingenieurleistungen für eigene Bauvorhaben. Die Bewertung erfolgte ausgehend von den Personaleinzelkosten mit einem Gemeinkostenzuschlag von 243 Prozent (Vorjahr: 243 Prozent).

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten insbesondere den vom Land Rheinland-Pfalz gezahlten Deckungszuschuss (Tsd. Euro 227.988; Vorjahr: Tsd. Euro 229.554), periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Tsd. Euro 7.585; Vorjahr: Tsd. Euro 5.712), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen (Tsd. Euro 3.511; Vorjahr: Tsd. Euro 3.326), Erträge aus der Schadensersatzleistungen (Tsd. Euro 3.194; Vorjahr: Tsd. Euro 1.676) sowie sonstige periodenfremde Erträge (Tsd. Euro 166, Vorjahr: Tsd. Euro 0).

Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen

In den Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung sind Instandhaltungsaufwendungen und Aufwendungen für Energiesparmaßnahmen in Höhe von Tsd. Euro 103.000 (Vorjahr: Tsd. Euro 94.278) enthalten. Die bezogenen Architekten- und Ingenieurleistungen in Höhe von Tsd. Euro 71.542 (Vorjahr: Tsd. Euro 74.426) für Bundesmaßnahmen (einschl. Gaststreitkräfte, Nato, etc.) sind der größte Anteil in der Position Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr beträgt bereinigt um die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit Tsd. Euro 101.987 (Vorjahr: Tsd. Euro 92.937). Darin enthalten sind Tsd. Euro 6.084 (Vorjahr: Tsd. Euro 6.002) für die Altersversorgung und Tsd. Euro 436 (Vorjahr: Tsd. Euro 418) für Unterstützungen (Beihilfe).

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

In den Abschreibungen sind ausschließlich planmäßige Abschreibungen enthalten. Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von Tsd. Euro 17 (Vorjahr: Tsd. Euro 0) vorgenommen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere enthalten Porto und Telekommunikation (Tsd. Euro 224; Vorjahr: Tsd. Euro 288), Kosten für eigengenutzte Geschäftsräume (Tsd. Euro 1.373; Vorjahr: Tsd. Euro 1.452), EDV-Aufwendungen (Tsd. Euro 3.235, Vorjahr: Tsd. Euro 3.191), Wertberichtigung auf Forderungen (Tsd. Euro 150; Vorjahr Tsd. Euro 3.097) und sonstige periodenfremde Aufwendungen (Tsd. Euro 211; Vorjahr Tsd. Euro 155).

Zinsergebnis

Als Hauptposten des Zinsergebnisses ist der Zinsaufwand für die langfristigen Darlehen des Landes Rheinland-Pfalz in Höhe von Tsd. Euro 13.484 (Vorjahr: Tsd. Euro 13.834) zu nennen. In den Zinserträgen sind Tsd. Euro 5.348 (Vorjahr: Tsd. Euro 4.306), in den Zinsaufwendungen Tsd. Euro 13.484 (Vorjahr: Tsd. Euro 13.834) an das Land Rheinland-Pfalz enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	Monatliche Belastung	Laufzeit	2025	2026	2027
	Euro		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Mieten und Erbpachten					
Büro Fort-Malakoff-Park, Mainz	71.061	28.02.2026	853	142	0
Sonstige		div.	1.783	1.571	1.571
			2.636	1.713	1.571
Sonstige					
Insbesondere Leasing- und Betreiberverträge		div.	268	66	15
			3.016	1.891	1.698

Nicht bilanzierte Pensionsverpflichtungen

Die Arbeitnehmer des Landesbetriebes sind bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe, versichert. Es bestehen Versorgungszusagen, die den versicherten Arbeitnehmern eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung gewährleisten. Der Umlagesatz insgesamt betrug im Geschäftsjahr 7,30% (Vorjahr: 7,30%) der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Geschäftsjahr auf Tsd. Euro 71.414 (Vorjahr: Tsd. Euro 66.274). Der Landesbetrieb zahlte im Geschäftsjahr an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) Umlagen in Höhe von Tsd. Euro 3.709 (Vorjahr: Tsd. Euro 3.599).

Bestellobligo

Zum Bilanzstichtag hatte der Landesbetrieb LBB vertragliche Verpflichtungen in Höhe von rd. 120 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 129 Mio. Euro) übernommen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Vergaben für Bau- sowie Architekten- und Ingenieurleistungen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente sind Finanzinstrumente, deren Werte sich von einem oder mehreren zugrundeliegenden Vermögenswerten (Basiswert) ableiten lassen. Der LBB verwendet Zinssatzswaps, deren Basiswert Zinssätze sind, über die sich deren Wert ermitteln lässt. Der Nominalbetrag gibt das gehandelte Kontraktvolumen an. Er stellt keine bilanzierungsfähige Forderung oder Verbindlichkeit dar, da er lediglich als Referenzgröße für eine Fair-value-Ermittlung oder für die Berechnung gegenseitiger Ausgleichszahlungen dient.

Der LBB setzt Zinsderivate ausschließlich zu Sicherungszwecken ein und begrenzt mit diesen Transaktionen die Zinsänderungsrisiken. Das Gesamtvolumen beträgt am Bilanzstichtag 50 Mio. Euro.

Es setzt sich wie folgt zusammen:

Geschäftspartner	Interne Nummer	Nominalbetrag Euro	Nominalzins Prozent	Fälligkeit	Barwert 31.12.2024 Tsd. Euro
DZ Bank AG	545/08	25.000.000,00	+6-Monats-Euribor -4,201	16.09.2025	-310
Bayern LB	510/23	25.000.000,00	+3-Monats-Euribor -0,22 -6-Monats-Euribor -0,306	16.09.2025	-194

Der Barwert basiert auf bankinternen Berechnungen nach der Mark-to-Market Methode. Derivate werden ausschließlich mit Kontrahenten guter Bonität abgeschlossen.

Abschlussprüferhonorar

Für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 sind Tsd. Euro 33 als Abschlussprüferhonorar in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Organe des Landesbetriebes

Nach Nr. 4 und Nr. 5 der Organisationsverfügung sind die Organe des Landesbetriebes LBB

- die Geschäftsleitung sowie
- der Beirat.

Geschäftsführer war Herr Dipl.-Ing. Architekt Holger Basten. Frau Elena Kraus und Herr Guido Brenkert nahmen die Funktion der stellvertretenden Geschäftsführer wahr. Auf die Angabe der Geschäftsführervergütung wird unter analoger Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mit der Änderung der Organisationsverfügung für den Landesbetrieb LBB vom 20. März 2015 wurde der Verwaltungsrat aufgelöst. Die dem Verwaltungsrat zugeordneten Aufgaben werden ab diesem Zeitpunkt im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht von den jeweiligen zuständigen Fachabteilungen des für Finanzen zuständigen Ministeriums wahrgenommen.

Personalverhältnisse

Die besetzten Stellen beim LBB sind im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 4 auf 1.262 leicht angestiegen. Hierin sind Auszubildende, beurlaubte Mitarbeiter ohne Bezüge und im Erziehungsurlaub sowie Dauerkrankte nicht enthalten. Teilzeitbeschäftigte wurden auf volle Stellen umgerechnet.

Im Jahresdurchschnitt waren 1.262 Stellen besetzt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es ergaben sich nach dem Bilanzstichtag keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Mainz, den 31. März 2025
Holger Basten

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (Landesbetrieb LBB) Mainz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (Landesbetrieb LBB) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (Landesbetrieb LBB) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Organisationsverfügung für den Landesbetrieb und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Landesbetriebes zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter Anwendung der IDW Prüfungsstandards für weniger komplexe Einheiten durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den geltenden handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Organisationsverfügung für den Landesbetrieb in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Landesbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter Anwendung der IDW Prüfungsstandards für weniger komplexe Einheiten durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Landesbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser je weiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Landesbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Landesbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigen ständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Mainz, 30. Mai 2025

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Sascha Gönzheimer
Wirtschaftsprüfer

Thomas Fichtelberger
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Landesbetrieb Liegenschafts- und
Baubetreuung (Landesbetrieb LBB)
Zentrale
Rheinstraße 4E
55116 Mainz
www.lbb.rlp.de

Redaktion

Stabsstelle Kommunikation
Landesbetrieb LBB

Foto

Eröffnung LPME an der RPTU Kaiserslautern
Thomas Brenner

Gestaltung

Annette Harnecker Grafikbüro
www.grafikbuero.com

Mainz, 2025

LBB-Zentrale Mainz

Rheinstraße 4E (Malakoff-Passage)
55116 Mainz
Tel. 06131 20496-0
Fax 06131 20496-251
postfach.zentrale@lbb.rlp.de

LBB-Niederlassungen

Goethestraße 9
65582 Diez
Tel. 06432 604-0
Fax 06432 604-200
postfach.diez@lbb.rlp.de

Am Rilchenberg 65
55743 Idar-Oberstein
Tel. 06781 405-0
Fax 06781 405-190
postfach.idaroberstein@lbb.rlp.de

Rauschenweg 32
67663 Kaiserslautern
Tel. 0631 5357-0
Fax 0631 5357-230
postfach.kaiserslautern@lbb.rlp.de

Hofstraße 257a
56077 Koblenz
Tel. 0261 9701-0
Fax 0261 9701-444
postfach.koblenz@lbb.rlp.de

Untertorplatz 1
76829 Landau
Tel. 06341 912-0
Fax 06341 912-290
postfach.landau@lbb.rlp.de

Fritz-Kohl-Straße 9
55122 Mainz
Tel. 06131 966-0
Fax 06131 966-100
postfach.mainz@lbb.rlp.de

Paulinstraße 58
54292 Trier
Tel. 0651 2093-0
Fax 0651 2093-100
postfach.trier@lbb.rlp.de

Dienstgebäude an der L 369
Niederlassung Weilerbach (US-Klinikum)
66877 Ramstein-Miesenbach
Tel. 06371 61839-0
Fax 06371 61839-120
postfach.weilerbach@lbb.rlp.de

